



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Niemeyer

Telefon: (0221) 221 23820

Fax: (0221)

E-Mail: Sabine.Niemeyer@STADT-KOELN.DE

Datum: 09.10.2023

Niederschrift

über die **14. Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 22.11.2022, 17:00 Uhr bis 19:14 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Mechthild Böll	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Christine Seiger	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Artur Tybussek	CDU
Herr Alexander Yohannes	CDU
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Frau Viola Recktenwald	SPD
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP
Herr Andrea Salis	Auf Vorschlag der Fraktion Volt Entschuldigt. Vertretung: Glashagen, Jennifer
Frau Jennifer Glashagen	Volt

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	AfD
Frau Elise Teitz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Ulrike Kessing	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Jürgen Medenbach	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Ralf Sartoris-Daubenbüchel	Auf Vorschlag von Grüne
Herr Yannik Breuer	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Gunther Quinkler	Auf Vorschlag von CDU geht 18.35 Uhr
Herr Mario Schmitz	CDU Anwesend ab 17:13 Uhr

Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Werner Kircher	Auf Vorschlag der SPD
Herr Christian Robyns	SPD
Herr Albert Nowak	Auf Vorschlag von Die Linke
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP
Herr Eike Steinke	Auf Vorschlag von Volt
Frau Rahab Njeri	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE Abwesend ab 19:09 Uhr
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen- Erftkreis
Frau Sophie Sänger	Auf Vorschlag von TXKöln
Herr Musa Yüceel	Liste Kölner Vielfalt
Herr Volker Scherzberg	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke	Auf Vorschlag von anyway e.V.
Herr Dr. Dr. Rainer Broicher	Auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinder- tenpolitik
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Einzelbewerber
Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Antrag der AfD auf Aktuelle Stunde: Neumarkt – Drogenhotspot und „No-Go-Area“
AN/2170/2022

Antrag auf Aktuelle Stunde: Gesundheitliche Situation wohnungsloser Menschen in Köln im heraufziehenden Winter
AN/2175/2022

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-CoV-2 Pandemie

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukrainekrise

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Sprunghafter Anstieg der Drogentoten in NRW
AN/1672/2022

2.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/1672/2022: "Sprunghafter Anstieg der Drogentoten in NRW"
3167/2022

2.2 Zwangsräumungen bei psychisch erkrankten Menschen - Bedarf an Wohnrichtungen
2685/2022

2.3 Personalkapazitäten und Stellenbesetzungen auf neurologischen Intensivstationen
AN/1637/2022

2.3.1 Personalkapazitäten und Stellenbesetzungen auf neurologischen Intensivstationen (AN/1637/2022)
3074/2022

2.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 23.08.2022 "Nachfrage nach Luftfiltern statt Lüften"
3490/2022

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Medizinische Versorgungszentren bei den Städtischen Kliniken
AN/2084/2022

3.2 Schulrelevante Fähigkeiten: Beratungen und Untersuchungen in Kindertagesstätten
AN/2101/2022

3.3 Evaluierung der Covid-Testungen an den Kölner Schulen sowie zukünftige Vorgehensweise mit Tests bei erneuter Verschärfung der Coronamaßnahmen
AN/2030/2022

3.3.1 Beantwortung einer Anfrage zum Thema "Covid-Testungen an den Kölner Schulen" (AN/2030/2022)
3868/2022

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Änderungsantrag zu TOP 4.1 – Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen
AN/2178/2022

4.1.1 Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen
AN/2617/2021

5 Beschlussvorlagen

5.1 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Köln 2022 - 2027
1352/2022

5.2 Hitzeaktionsplanung der Stadt Köln
2388/2022

5.3 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln
3651/2022

5.4 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln
3652/2022

5.5 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst
3763/2022

6 Mitteilungen

6.1 Unterbringung von besonders vulnerablen Geflüchteten aus der Ukraine mit medizinisch bedingten besonderen Unterbringungsbedarfen
2759/2022

6.2 Liste der Großbauprojekte
3165/2022

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Antrag der AfD auf Aktuelle Stunde: Neumarkt – Drogenhotspot und „No-Go-Area“ AN/2170/2022

Wegen § 5 GO ist nur eine aktuelle Stunde möglich, bei der Wahl der beiden Anträge wurde dieser Antrag einstimmig abgelehnt.

Antrag auf Aktuelle Stunde: Gesundheitliche Situation wohnungsloser Menschen in Köln im heraufziehenden Winter AN/2175/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna verpflichtet die neuen Kollegen:

- Neubesetzung Sachkundiger Einwohner der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neu: Herr Ralf Sartoris-Daubenbüchel Bisher: Frau Mecht-
hild Böll

(Herr Sartorius-Daubenbüchel war bei der Sitzung des GA am 27.09.2022 aus persönlichen Gründen nicht anwesend)

Neubesetzung Ratsmitglied Gesundheitsausschuss

Neu: Herr Arthur Tybussek Bisher: Herr Henk van
Bentham

Antrag der AfD auf Aktuelle Stunde: Neumarkt – Drogenhotspot und „No-Go-Area“ AN/2170/2022

Wegen § 5 GO ist nur eine aktuelle Stunde möglich, bei der Wahl der beiden Anträge wurde dieser Antrag einstimmig abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna hält fest, TOP 4.1 und 4.1.1 haben den Platz getauscht und der Änderungsantrag kommt unter 4.1.

RM Frau Recktenwald sagt, man habe zu 5.1. noch Beratungsbedarf und fragt, ob man das ohne Votum in die nächsten Gremien geben könnte?

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob dieses Vorgehen unangenehme Konsequenzen für die Stadt Köln haben könnte?

Die Stadtdirektorin Frau Blome entgegnet man habe selbstverständlich den größten Respekt vor den Beratungen, die gemacht würden. Allerdings sei es jetzt der 2. Sitzungslauf, es handele sich um eine gesetzliche Verpflichtung und es müsse auf jeden Fall gewährleistet sein, dass der Rat sich dazu verhalten könnte und einen entsprechenden Beschluss fassen könnte. Selbstverständlich könnten die Fragen noch beantwortet werden.

RM Frau Gärtner merkt an, man würde immer respektieren, wenn Beratungsbedarf bestehe. Diese Vorlage wäre schon mal geschoben worden und alle Fragen wären detailliert von Herrn Dr. Miller beantwortet worden. Man sei der Fachausschuss und

hätte ausreichend Zeit gehabt und sie würde in diesem Fall sagen, dass man doch beschließen sollte.

RM Frau Röhrig gibt zu bedenken, dass der Vorschlag schon im Rat war und vom Rat wieder hierhin zurückgewiesen worden wäre. Sie frage sich, ob das Vorgehen überhaupt funktionieren würde, dass er nochmal ohne Votum in den Rat kommen würde, das wäre ja so ein „Ringeltanz“. Sie sieht keinen Sinn darin, Beratungsbedarf anzumelden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna schlägt vor, die „Stellen mit Bauchschmerzen“ sollen zu Protokoll genommen werden und an die nachfolgenden Ausschüsse und den Rat als Themen gespiegelt werden.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig, ohne Gegenstimme und Enthaltung, angenommen.

Antrag auf Aktuelle Stunde: Gesundheitliche Situation wohnungsloser Menschen in Köln im heraufziehenden Winter

AN/2175/2022

RM Frau Böll hat einige Fragen an die Verwaltung:

- Ob in den 2 Stellen der Obdachlosenhilfe auch gesundheitliche Versorgung oder Beratung stattfindet?
- Ob es insgesamt genügend Schlafplätze gibt für Obdachlose, wenn es jetzt immer kälter wird?
- Wie ist die derzeitige Auslastung dort, gibt es dort gesundheitliche Versorgung oder welche Maßnahmen gibt es sonst noch zur gesundheitlichen Versorgung?
- Wenn noch mehr Flüchtlinge aus Osteuropa kommen, könnte die Stadt Köln darauf reagieren und kurzfristig noch mehr Schlafplätze zur Verfügung stellen, damit es nicht zu Erfrierungen kommt?

RM Ursula Gärtner stellt dar, im interkommunalen Vergleich habe die Stadt Köln was diese Hilfen angehe immer enorm gut dagestanden. Man habe im letzten Jahr viel umgesetzt. Gleichwohl möchte man dieses Thema auch immer noch wachhalten. Man interessiere sich auch dafür, was in diesem Jahr an aufsuchenden Hilfen, was man unter „Kältegänge“ oft gehört habe, konkret geplant sei. Die Politik wäre bereit, da nachzubessern und Gelder zur Verfügung zu stellen.

RM Frau Recktenwald sagt, einige Fragen wären schon von den Vorrednern gestellt worden und möchte wissen, ob das Personal, das sich in den Einrichtungen befinde, gut geschult sei.

RM Frau Röhrig gibt zu bedenken, die Hotline bei der Stadt sei sehr schlecht zu erreichen, wenn Hilfe gebraucht würde und es stelle sich die Frage wie man das verbessern könnte.

SB Frau Houben schlägt vor, es solle daran gearbeitet werden, dass die Angebote, die bestehen, auch von den Menschen akzeptiert würden.

SB Frau Glashagen findet, es sei schon sehr viel gemacht worden. Es gäbe 300 bis 500 Menschen, die auf der Platte leben. Es würden immer mehr wohnungslose Menschen (ohne festen Wohnsitz). In 2020 wären es 7.193 gewesen, im letzten Jahr 8.170 Wohnungslose in Köln. Die Dunkelziffer wäre viel höher, denn es würden nur

Menschen gezählt, die sich in Notschlafstellen befinden oder registriert seien. Die Tafeln hätten Aufnahmestopp. Wie viele Frauen, Alleinerziehende und Kinder seien betroffen? Die verdeckte Wohnungslosigkeit sei insbesondere bei Frauen sehr ausgeprägt. Damit wären sehr viele Kinder betroffen, die meistens bei der Mutter wären. Gleichzeitig wisse man, dass die Wohnungssituation einen direkten Bezug zur psychischen oder körperlichen Gesundheit habe. Die Menschen sollten über Hilfen informiert werden. Die Stadt würde eine Internetseite in Auftrag geben, dass die Menschen wissen wo sie schnell Hilfe bekommen könnten.

Zum Thema Energiesperren: Wieviel Menschen sind denn tatsächlich von Energiesperren betroffen? Bei der Rheinenergie seien in der Regel 0,5 % der Haushalte im Jahr betroffen. Die Rheinenergie sagt: „Sie werde das nicht ziehen.“ Die Zahlen müssten sehr steigen. Primär seien es Menschen über 54 Jahren, die von Altersarmut betroffen sind.

SE Herr Nowak stellt dar, man habe sich im Vorfeld nochmal mit Vereinen der Obdachlosenhilfe in Köln auseinandergesetzt. Es gäbe einen beträchtlichen Personenkreis, der diese festen Orte wo man hinkann meide, weil er dort Gewalterfahrungen gemacht hätte. Inwieweit bestehe die Möglichkeit, für diese aufsuchenden Angebote nochmal ein separates Angebot zu schaffen? Ob man den mobilen Drogenbus nicht nochmal mit Decken, Schlafsäcken für die Menschen ausstatten könnte? Es sollte eine gewisse Niedrigschwelligkeit für Hilfsangebote bestehen.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, möchte kurzfristig die Fragen beantworten:

Ja, es gebe genügend Plätze, man schaffe in jedem einzelnen Fall einen Platz, denn es bestehe ein Recht und eine Pflicht, dass Menschen ein Dach über dem Kopf verschafft werde. Das sei die allgemeine Gefahrenabwehr, der man verpflichtet sei. Man weise immer wieder darauf hin, dass es Menschen gebe, die sich aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht in eine Unterkunft bringen ließen. Es seien ca. 300 Menschen, die nicht in Gebäuden übernachten. Es gebe kein zuverlässiges Erkennungsmerkmal, wer von diesen Menschen auf der Straße lebe und keine Unterkunft habe und wer dort temporär sei und sich dann doch irgendwohin zurückziehen könne. Er möchte nochmal betonen, dass im deutschlandweiten Vergleich die Kölner Obdachlosenversorgung als beispielhaft genannt werde. Im deutschlandweiten Vergleich schaue man positiv nach Köln. Herr Dr. Müller leite das medizinische mobile Dienstteam und sei dauernd mit seinem Team „auf der Straße unterwegs“, das sei deutschlandweit etwas Vorbildliches. Man leide unter jedem einzelnen Fall, der schlecht versorgt sei und könne nicht zufrieden sein.

Ja, man wolle aufsuchende Hilfen intensivieren und das von der Politik beschlossene Förderprogramm sei umgesetzt. Der SKM habe heute informiert, dass der Bus, der Teil der Förderung sei, heute geliefert worden sei. Der Bus sei ein Merkmal, was die Helfenden in die Lage versetzt, obdachlose Menschen aufzusuchen und direkt im Bus zu versorgen und gegebenenfalls auch wohin zu fahren.

Für die Zahlen verweise er auf den Lebenslagenbericht. Zu den Energiesperren der Rheinenergie werde er sich heute nicht äußern.

Für die finanzielle Unterstützung von Vereinen verweise er auf das Förderprogramm. Es würden auch durchaus Förderideen passen, um gewalterfahrene Menschen nochmal speziell zu versorgen und anzusprechen.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen erläutert, seit über 20 Jahren habe man in der Stadt zwischen 8.000 und 9.000 Obdachlose, die versorgt werden. Im Winter seien es mehr als im Sommer. Insgesamt seien es 15.000 Personen, die davon betroffen wären. Jeder käme im Schnitt 5- bis 6-mal zur Behandlung und der Bus fahre an Stellen wo sich Obdachlose treffen. Darüber hinaus gäbe es auch mehrere feste Unterkünfte, über die Dr. Müller berichten würde.

Der Abteilungsleiter der medizinischen Grund- und Notfallversorgung, Herr Dr. Müller stellt heraus, dass die Obdachlosen eine ganz besondere Gruppe, eine sehr vulnerable Gruppe, darstellen würden. Die Versorgung dieser Menschen müsse man ganz anders sehen als die anderweitig Bedürftiger. Die unteren Betreuten hätten eine ganz hohe psychiatrische „Komorbidität“, viele psychische Krankheiten würden dazu beitragen, dass sie auf der Straße gelandet seien. Ein großer Teil wäre auch Sucht, aber auch akute Psychosen und schwere Persönlichkeitsstörungen, es wäre ein sehr schwerer Umgang.

In Deutschland gäbe es eine „Komm-Struktur“, man müsste zum Arzt gehen, das schafften diese Menschen nicht, sie hätten viel Ablehnung erfahren.

In Köln würden Herr Dr. Müller und sein Team bestehend aus 4 Fachärzten und 3 Krankenschwestern, im Schnitt im Jahr zwischen 1.300 oder 1.400 Menschen erreichen. Im letzten Jahr seien es bedingt durch Corona über 1.500 gewesen. Es wären 8.500 Behandlungskontakte, da seien welche dabei, die einmal kämen und manche würden fast 3-mal die Woche versorgt werden.

Die Sprechstunden erfolgten in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Man könnte Gesundheit nicht ohne die soziale Komponente denken.

Man sei immer froh, wenn man einen festen Raum und ein Waschbecken in der Nähe habe. Man sei in ziemlich vielen Einrichtungen in der Stadt vertreten, er sei heute Nachmittag beispielsweise bei Looks e.V. gewesen. Wie man sieht, wäre es insgesamt ein „sehr buntes Bild“, wo man vertreten sei. Man sei in den großen Einrichtungen beim SKM am Hauptbahnhof, Viktoriastraße oder auch neuerdings im Gesundheitsamt im Drogenkonsumraum. Man wolle jedoch nicht die Illusion wecken, dass man alle erreiche. Im Drogenkonsumraum würden Menschen erreicht, die auf der Straße herumliegen würden und extremst verwahrlost wären. Es käme 5-mal am Tag der Rettungswagen und die Menschen würden nicht mitfahren. Diese Menschen kämen teilweise auch im Drogenkonsumraum an und würden dort erreicht, was er sehr begrüßt. Er würde sehr gerne mehr Personal haben, um dort mehr Sprechstunden anbieten zu können.

Die Sozialen Hilfen wie Wärme, Obdach etc. würden vom Sozialamt vorbildlich behandelt, es sei kein medizinisches Problem im engen Sinne.

Jedes Jahr würde die Grippeimpfung angeboten, die dieses Jahr schleppend angenommen wird. Über persönlichen Kontakt würde versucht, diese Hemmschwelle abzubauen.

In der Ostmerheimer Straße habe man keine gesonderte Sprechstunde. Ganz viele Menschen kämen zum Johannishaus in der Annostraße oder zum Hauptbahnhof.

Wenn die Menschen nicht mobil, z. B. in Quarantäne wären, würde man sie aufsuchen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bedankt sich bei Herrn Dr. Müller. Er weist darauf hin wie in jedem Winter nimmt der Kölner Tierschutzverein von 1861 in seinem Tierheim an der Vorgebirgsstraße 76 Tiere von Wohnungslosen über Nacht kostenfrei auf und versorgt diese.

Das Thema wurde mit einer ausgiebigen Diskussion und einer Stellungnahme des Leiters der medizinischen Grund- und Notfallversorgung, Herrn Dr. A-M. Müller erörtert.

Die Sache ist erledigt.

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-CoV-2 Pandemie

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, teilt mit,

man habe Stand letzte Woche knapp 10.100 Geflüchtete in Köln in Hotels oder städtischen Einrichtungen untergebracht, in Hotels seien es 2.108. Man habe eine Hotelvereinbarung mit ca. 2.600 Plätzen. In der kommunalen Erstaufnahmeeinrichtung der Stadt seien 170 Menschen untergebracht. Derzeit habe man eine sogenannte Erfüllungsquote mit noch ca. 101 %, es gebe eine leichte Übererfüllung. Bisher könne man ankommende Menschen weiterleiten an Landeserstaufnahmeeinrichtungen. Mit Untererfüllung der Quote würde man von der Landeserstaufnahmeeinrichtung beschickt werden, das heiße, der umgekehrte Fall werde eintreten und man müsse wieder Menschen aufnehmen. Man müsse sich darauf gefasst machen, dass aus der Ukraine wieder vermehrt Menschen kommen würden.

Beim Thema Covid nehme man wahr, dass die „Dramatik aufgehört habe dramatisch zu sein.“ Der Bundesgesundheitsminister habe den Umgang am 11.11.2022 bezüglich Covid sehr kritisiert. Es lägen keine Indikatoren vor, die eine große Gefährdung durch den 11.11. erkennen ließen, so dass man sich in seinem Vorgehen im Prinzip bestätigt fühle. Dennoch bleibe das Impfen wichtig und sei die Voraussetzung für das mögliche Überstehen von Infektionen. Daher seien Impfpfelle weiterhin erforderlich und hilfreich.

Der Beigeordnete begrüßt Frau Dr. Scharkus als neue stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamtes. Frau Dr. Scharkus komme aus der Bezirksregierung und habe das Gesundheitsamt bisher überwacht.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen ergänzt, es gäbe keine Anhaltspunkte, dass nach dem 11.11.2022, so wie im letzten Jahr, eine deutliche Steigerung der Inzidenzen festzustellen sei. Er erläutert die **Präsentation Gesundheitsausschuss 22.11.2022 (siehe anbei)**. Ende des Jahres werde die Impfstelle im Gesundheitsamt nach den Vorgaben der Landesregierung erstmal eingestellt. Die Stadtteilimpfungen würden dort, wo vulnerable Gruppen seien, noch 3 Monate fortgesetzt.

SB Herr Heinlein möchte nochmal darauf hinweisen, dass die Covid-Situation in den Krankenhäusern und in den Rehabilitationseinrichtungen in Köln doch zu ganz erheblichen fortbestehenden Problemen führe. Die große Anzahl der Infizierten beeinträchtige den Betrieb der Krankenhäuser außerordentlich, viele Betten könnten nicht mehr betrieben werden. Die Fehlzeiten seien immens und die Infektionszahlen bei den Patienten und Patientinnen ebenso. Der allgemeine Eindruck „man habe es hinter sich“

sei falsch und es sehe auch danach aus, dass das so schnell nicht aufhört und die finanziellen Folgen gravierend seien.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen stimmt Herrn Heinlein zu. Man würde im Krankenhaus Maske tragen, damit man als Besucher nicht ansteckend wirkt.

RM Frau Röhrig möchte wissen wie das Gesundheitsamt mit der Impfpflicht für Pflegekräfte umgegangen sei. Hätten viele Pflegekräfte aufhören müssen oder sei es locker gehandhabt worden?

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen antwortet, man habe extra 5 Personen zur Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht abgestellt. Man habe 3.600 Meldungen erhalten. Davon sei im Anschluss in Abstimmung mit dem Rechtsamt ein Attest verlangt worden. Danach hätten sich 2.500 (knapp 75 %) gemeldet. Allein durch das Nachfragen habe man schon viel bewegen können. Die anderen seien in einem Bußgeldverfahren, wenn das Attest nicht zugeschickt wurde. Bis Ende des Jahres wenn die einrichtungsbezogene Impfpflicht ausgelaufen sei sollte auch das Verfahren beendet sein.

Zur Kenntnis genommen

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukraine Krise

Zur Kenntnis genommen

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, es liegt nichts vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Sprunghafter Anstieg der Drogentoten in NRW AN/1672/2022

SB Frau Houben möchte sich für die Beantwortung der Anfrage bedanken. Sie möchte gern wissen, ob es ungefähre Einschätzungen gibt wie viele drogenkonsumierende Menschen versterben, ohne dass die Polizei dabei sei. Sie möchte eine zeitliche Definition für Langzeitkonsumierende wissen, seien es 2, 5 oder 27 Jahre?

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen sagt, „die im Dunkeln sterben, würden nicht gesehen“, daher wisse man das nicht.

Aufsuchendes Suchtclearing, Betreiber des Drogenkonsumraums im Gesundheitsamt, Herr Lehmann berichtet nach seiner Erkenntnis gibt es keine Definition von Langzeitkonsumenten. Wenn jemand erst vor kurzem angefangen habe und auch nicht regelmäßig konsumiere, spräche man von „Gelegenheitskonsument*innen“. Wenn jemand seit 10, 20 oder 5 Jahren täglich konsumiert, wäre er/sie ein/e „Langzeitkonsument*in“. Zur Frage nach den Drogentoten müsse die Polizei befragt werden, sie ließen sich einer kritisch zu betrachtenden Polizeistatistik entnehmen. Die Konsumenten würden an anderen Krankheiten infolge des langen Drogenkonsums und der prekären Lebenssituation sterben. Sie würden früher sterben.

Durch Beantwortung unter Vorlage 3167/2022 erledigt

**2.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/1672/2022:: "Sprunghafter Anstieg der Drogentoten in NRW"
3167/2022**

Zur Kenntnis genommen

**2.2 Zwangsräumungen bei psychisch erkrankten Menschen - Bedarf an Wohneinrichtungen
2685/2022**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna hält fest, dass es hierzu keine Fragen gibt.

Zur Kenntnis genommen

**2.3 Personalkapazitäten und Stellenbesetzungen auf neurologischen Intensivstationen
AN/1637/2022**

SE Herr Nowak merkt an, es stelle sich die Frage inwiefern Qualitätsstandards eingehalten werden könnten, wenn nur die Hälfte der pflegerischen VK-Stellen besetzt seien.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, spricht von einem Pflegenotstand in Köln. Der Einfluss der Stadt sei durchaus begrenzt, weil die meisten Einrichtungen nicht städtische Einrichtungen seien. In fast allen Disziplinen stationärer Krankenbehandlung werde eine Überversorgung bescheinigt. Im Bereich Stroke Unit bestehe eine Unterversorgung in Köln.

Durch Beantwortung unter Vorlage 3074/2022 erledigt

**2.3.1 Personalkapazitäten und Stellenbesetzungen auf neurologischen Intensivstationen (AN/1637/2022)
3074/2022**

Zur Kenntnis genommen

**2.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 23.08.2022 "Nachfrage nach Luftfiltern statt Lüften"
3490/2022**

SB Frau Houben bedankt sich für die erfreuliche Antwort.

Zur Kenntnis genommen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Medizinische Versorgungszentren bei den Städtischen Kliniken
AN/2084/2022**

Zurückgestellt. Die Beantwortung der Anfrage steht aus.

**3.2 Schulrelevante Fähigkeiten: Beratungen und Untersuchungen in Kindertagesstätten
AN/2101/2022**

Zurückgestellt. Die Beantwortung der Anfrage steht aus.

**3.3 Evaluierung der Covid-Testungen an den Kölner Schulen sowie zukünftige Vorgehensweise mit Tests bei erneuter Verschärfung der Corona-Maßnahmen
AN/2030/2022**

Durch Beantwortung unter Vorlage 3868/2022 erledigt

**3.3.1 Beantwortung einer Anfrage zum Thema "Covid-Testungen an den Kölner Schulen" (AN/2030/2022)
3868/2022**

Zur Kenntnis genommen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Änderungsantrag zu TOP 4.1 – Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen
AN/2178/2022**

RM Frau Recktenwald stellt den Änderungsantrag vor, weil der Ursprungsantrag von der SPD-Fraktion kam. Man erwarte gespannt einen Gesetzesentwurf zur Legalisierung von Cannabis in Deutschland. Man wäre nun einen kleinen Schritt weitergekommen. Im Oktober habe das Gesundheitsministerium ein erstes Eckpunktepapier zur Legalisierung veröffentlicht. Man könnte erwarten, dass diese Veränderungen vielleicht schon im nächsten Jahr umgesetzt werden könnten. Ein Umdenken in der Drogenpolitik würde für dringend erforderlich gehalten. Man brauche vor allen Dingen niederschwellige Beratungs- und Behandlungsangebote sowie genug Wohnraum und eine flächendeckende medizinische Versorgung. Dazu würde ein Drogenhilfekonzept benötigt, das individuell und innovativ auf die spezifischen Probleme der Stadt eingehen würde.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna ergänzt nach seinem Kenntnisstand läge die Gesetzesänderung gerade in Brüssel zur Evaluierung und wenn sie dann da wäre, würde man gerne starten. Seine Fraktion würde dem Änderungsantrag gerne zustimmen.

SB Frau Houben findet, es sei ein „sehr vernünftiger realistischer Antrag“. Ihre Fraktion würde dem Antrag auch zustimmen.

RM Frau Röhrig sagt, dass ihre Fraktion auch dem Änderungsantrag zustimmen würde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.1.1 Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen AN/2617/2021

Durch Zustimmung zu Änderungsantrag AN/2178/2022 erledigt.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Köln 2022 - 2027 1352/2022

RM Frau Seiger bedankt sich für die Vorlage des Brandschutzbedarfsplanes. Sie könnte vorab schon für Ihre Fraktion sagen, dass sie zustimmen werde. Sie möchte aber zu 2 Themen noch Nachfragen stellen. Das eine sei die Höhenrettung. Die Feuerwehrleute, die mit der Höhenrettung befasst seien, sollten zukünftig ausschließlich in diesem Bereich eingesetzt werden. Sie habe gelernt, dass die Höhenretter sehr viel Zeit bräuchten, um für Ihre Einsätze zu üben. Warum sollte vor dem Hintergrund, dass Fachpersonal knapp sei, dort eine Spezialeinheit gegründet werden?

Die Wünsche nach Renovierung und auch Neubau von Feuerwachen sollten priorisiert werden.

SE Herr Nowak bedankt sich ebenfalls für die Vorlage. Er sehe die strategische Ausrichtung der Feuerwehr Köln mindestens für den Planungszeitraum als auch für die Zukunft gesichert.

RM Frau Recktenwald möchte sich auch bedanken und man wisse die viele Arbeit, die da reingeflossen sei, zu schätzen.

Wenn neue Feuerwachen gebaut werden, wie bestückt man diese mit Personal? Dringlich sei in 3 oder 5 Jahren, ob das genauer definiert werden könnte? Ob es auch Kostenkalkulationen gäbe was die Sanierung der Gerätehäuser bei der Freiwilligen Feuerwehr angehe?

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller betont, dass der Brandschutzbedarfsplan einen Anspruch auf Ganzheitlichkeit erhebt. Es gäbe im Jahr jeden 3. Tag einen Höhenrettereinsatz. Die Einsätze dauern im Durchschnitt über eine Stunde und meistens auch 7 oder 8 Stunden. Das zuständige Löschfahrzeug (LF) im Wachbezirk Ehrenfeld gehe außer Dienst wenn ein Höhenrettereinsatz stattfindet. Jeder Höhenretter muss im Jahr im Schnitt 70 Stunden im Seil nachweisen. Zu jeder Übungsmaßnahme geht das LF 4 außer Dienst. Bei einem Drittel der Einsätze stehe nicht das zuständige LF zur Verfügung. LFs, die erst eintreffen, müssen aus benachbarten Wachbezirken über längere Anfahrten zugreifen. Vor diesem Hintergrund wäre man zu dem Vorschlag gekommen, die Höhenretter als eigene Sondereinheit mit einem eigenen Funktionsbesetzungsplan zu besetzen.

Die Feuerwehr sei Spitzenreiter der Mehrarbeit bei der Stadt Köln, da die Aufgaben gemacht werden müssten. Man habe eine Unterbesetzung bezüglich der Sicherstellungsverpflichtung. Der Personalbedarf wird erhöht. Der Personalbedarf soll gedeckt werden, indem erheblich in Aus- und Fortbildung investiert wird. Es gibt keinen Markt

freier fertig ausgebildeter Feuerwehrleute. Sondern wenn, dann verlässt jemand den Dienstherren aufgrund der Feuerwehr Köln, was faktisch nicht stattfindet. Der Bedarf ist überall groß. Der Brandschutzbedarfsplan schaffe die zwingend notwendigen Rahmenbedingungen zur Planungssicherheit.

Das Netzwerk der Feuerwehrgerätehäuser der FF (Freiwillige Feuerwehr) solle nicht reduziert werden. Man wolle die Standortstruktur erhalten.

Der Brandschutzbedarfsplan sei ein unglaublich wichtiges Signal für die Ehrenamtler und das Hauptamt.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt im Grundsatz den Brandschutzbedarfsplan der Stadt Köln für die Jahre 2022 – 2027 (Anlage 1) auf Grundlage der fortgeschriebenen Schutzziele aus 2016 und beauftragt, die Verwaltung die beschriebenen Maßnahmen umzusetzen.
2. Der Rat der Stadt Köln stimmt den stellenplanmäßigen Auswirkungen des Brandschutzbedarfsplans 2022, enthalten in Anlage 5, zu.
3. Der Rat beschließt die mit der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen gem. Brandschutzbedarfsplan einhergehenden Aufwendungen im Teilergebnisplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst sowie der investiven Auszahlungen im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst gemäß Anlagen 3 und 4.

Die Finanzierung der entstehenden Aufwendungen für das Jahr 2023 i.H.v. 4.373.000 € (davon 4.113.000 € Personalaufwendungen) und 2024 i.H.v. 7.500.000 € (davon 7.160.000 € Personalaufwendungen) wird vorbehaltlich des Wirksamwerdens der Haushaltssatzung 2023/2024 aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0212 sichergestellt.

Die Finanzierung der entstehenden investiven Auszahlungen für das Jahr 2023 i.H.v. 1.700.000 € und für 2024 i.H.v. 2.400.000 € erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Teilfinanzplan 0212.

Die notwendigen Haushaltsmittel zur Umsetzung der in den Anlagen 3 und 4 dargestellten Maßnahmen werden in den Haushaltsplänen 2025ff berücksichtigt.

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Refinanzierbarkeit von Aufwendungen für Personal und Standorte über die Rettungsdienstgebühren zu prüfen und zu veranlassen. Hierzu wird dem Rat zeitnah eine Rettungsdienstgebührensatzung vorgelegt.

Lob und Zustimmung. Der Gesundheitsausschuss gibt als Fachausschuss seine Rückfragen zu Protokoll für die weiteren Ausschüsse im Sitzungslauf: Rückfragen Höhenrettung und Liegenschaften (bauliche Wünsche der FW).

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, gemäß der Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.2 Hitzeaktionsplanung der Stadt Köln 2388/2022

Umwelt- und Verbraucherschutzamt Frau Hey erläutert die Präsentation **Hitzeaktionsplan für Gesundheitsausschuss (siehe Anlage anbei)**.

SE Herr Sartoris-Daubenbüchel findet der Aktionsplan sei eine tolle Arbeit.

SE Herr Dr. Quinkler schließt sich dem Lob für seine Fraktion an. Er hat eine Frage zur Ausgestaltung der Stelle. In der Vorlage stehe, dass es ein Klimaanpassungsmanagement geben solle. Man frage sich, ob es, bei der Vielzahl der bereits vorhandenen Akteure, tatsächlich erforderlich sei, dass so eine Koordinierungsstelle gebraucht werde. Wäre dieses Thema nicht etwas gewesen für das Gutachten zur Anpassung der Klimaneutralität?

RM Frau Recktenwald wollte sich auch erstmal bedanken. Gibt es konkrete Ideen für Standorte in Köln, auf die die Trinkbrunnen verteilt werden sollen?

SE Herr Nowak schließt sich seinen Vorredner*innen an. Er fragt sich, ob es richtig sei, dass die Mehrzahl der Leitungen der Pflegeheime angegeben hätten, bei Bedarf könnten Personalkapazitäten erhöht oder auch weitere Pflegemaßnahmen durchgeführt werden, die sehr zeitintensiv seien. Er kann sich das kaum vorstellen und bittet darum, da genauer hinzuschauen.

Es würde auch darauf hingewiesen, dass bei großer Hitze Fenster tagsüber gar nicht geschlossen bleiben sollten. Wieso stehe das da drin, wenn es doch sehr viele Menschen gäbe, die Gegenteiliges behaupten?

SB Frau Houben bedankt sich für die umfangreiche Arbeit. Ein ganz wichtiger Teil sei, dass die vorbeugenden Maßnahmen auch bekannt würden. Ihrer Erfahrung nach seien viele Menschen so unvernünftig, sich in der Mittagshitze hinauszubegeben, obwohl es gar nicht erforderlich sei. Kleine Hinweise sollten häufig publiziert und immer kommuniziert werden. Wenn man das erreichen könnte, wäre man schon einen kleinen Schritt weitergekommen.

SB Frau Glashagen möchte sich den Lobesworten gerne anschließen. Sie möchte wissen was es jetzt fürs Weitergehen brauche, dass entschieden wird, welche Personengruppe als nächstes betrachtet wird. Wie sei sozusagen der Findungs- oder Entscheidungsprozess, wer als nächstes betrachtet würde?

Umwelt- und Verbraucherschutzamt Frau Hey möchte zuerst die Frage nach der Notwendigkeit der Stelle beantworten. Es gäbe viele Ideen, die punktuell seien, d. h. die in Stadtbezirken stattfinden. Man wolle die Zielgruppe noch besser erreichen. In Informationskampagnen solle immer wieder darauf hingewiesen werden, die Hitzetipps weiterzugeben: Man wolle noch stärker ins Gesundheitswesen hineingehen und für dieses Thema werben. Eine der Erkenntnisse der Studie war, dass das Thema Hitze bei den Arztgesprächen noch gar nicht so angekommen und verbreitet war. Also, dass man Medikamente anders nehmen muss, im Zweifel anders dosieren muss.

Zum Thema Klimaneutralität stelle man fest, dass man schon mehr heiße Tage und Nächte habe, darauf müsse man sich einstellen. Die Maßnahmen, die in diese Richtung gehen seien andere als die, die in Richtung CO₂ Einsparung gehen würden.

Zu den nachfolgenden Fragestellungen müsse man sich noch eine Lösung überlegen: Wie bekomme man die Informationen an die Menschen, die noch zu Hause leben? Welche Kanäle könnte man nutzen um die Menschen zu erreichen, wenn diese nicht so mobil seien und nach draußen gehen würden?

Es gäbe aktuell 13 Trinkbrunnen in der Stadt und es gäbe auch einen Beschluss das auszuweiten. Soweit sie weiß, wäre die Rheinenergie gerade mit der Stadtverwaltung zusammen dabei, weitere Standorte zu prüfen. Da müssten verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein.

Zum Thema Pflegeeinrichtungen, es wurde eine Umfrage bei den Pflegeeinrichtungen gemacht. Dies wäre ein weiterer Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit, den man nachgehen würde.

Fensteröffnen habe sie ein wenig erstaunt, weil ihr Kenntnisstand ein anderer sei.

Nach der Reihenfolge wäre noch gefragt worden. Man habe Ende Januar den ersten runden Tisch zum Hitzeaktionsplan, zu dem man schon eingeladen habe. Dort würden auf jeden Fall Maßnahmen für Senioren und Senior*innen angegangen werden, die noch nicht umgesetzt werden konnten. Dies hänge davon ab, ob die Mitarbeiterin auch bleiben könnte und im nächsten Jahr unterstützen könnte.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ergebnisse des Projektes „Hitzeaktionsplan für Menschen im Alter für die Stadt Köln“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

- die Ergebnisse in das Verwaltungshandeln zu integrieren und perspektivisch auf weitere vulnerable Gruppen auszuweiten,
- wirksame Maßnahmen weiterzuentwickeln bzw. zusätzliche Maßnahmen zu erarbeiten,
- als ersten Schritt einer Verstetigung einen „Runden Tisch Hitzeaktionsplan“ mit den wesentlichen internen und externen Akteur*innen zu initiieren und
- über die Umsetzung der Maßnahmen jährlich zu berichten.

Die Maßnahme löst einen Bedarf von 1,0 Mehrstellen EG 13 und somit Personalkosten iHv 87.500 € p.a. sowie von Sachaufwendungen in Höhe von 12.800 € p.a. (Gesamtkosten 100.300 € p.a. Brutto) aus. Die Finanzierung wurde durch das Dezernat VIII sichergestellt.

Die Finanzierung der vorgenannten Aufwendungen i.H.v. 100.300 € erfolgt aus veranschlagten Sachmitteln für die Klimafolgenanpassung i.H.v. 500.000 € p.a. im Teilergebnisplan 1401 Umweltordnung, -vorsorge in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Die Umsetzung der Maßnahme steht unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023/2024.

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, gemäß der Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5.3 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln 3651/2022

RM Frau Böll hat noch 2 Fragen. Die erste lautet: Sind sie zufrieden mit dem Ergebnis und die zweite lautet wieviel Prozent der Kosten werden damit gedeckt?

SB Frau Houben sieht sich in der Kürze der Zeit und der Komplexität nicht in der Lage, eine Meinung dazu zu haben.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller erklärt, in den Jahren 2018/2019 wurden Verluste realisiert, weil die Verjährungsfrist dazu geführt hat, dass man bestimmte Vorleistungen nicht realisieren konnte. An der Stelle sei es so, dass jetzt jedes Jahr die Rettungsdienstsatzung angepasst würde. Einmal im Jahr würden die Gebührensatzungen neu kalkuliert und erlassen und auf der Grundlage könnte eine Kostenabrechnung mit den Kostenträgern durchgeführt werden. Die Stadt Köln würde in die

günstige Position versetzt, auf Grundlage der Satzung die entsprechenden Kosten weiterzugeben.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna wirft ein, dass nach dem Kostendeckungsgrad gefragt worden wäre.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller erklärt, man hätte Kosten, die anerkannt werden müssten. Die Kostenanerkennung würde zu einem sehr hohen Grad gelingen. Etwas über 90 % aller Kosten, die im Rettungsdienst anfallen, werden von den Kostenträgern refinanziert und anerkannt.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner begründet, man wäre so spät, weil die Verhandlungen mit den Krankenkassen außerordentlich schwierig wären. Wenn die Satzung erst im nächsten Jahr in Kraft treten würde, würde man nicht mehr auf einen Deckungsgrad von 90 % sondern vielleicht von 70 % oder 60 % kommen, weil bestimmte Teile nicht anerkannt würden. Dies wollte man mit größter Mühe verhindern.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna möchte wissen, wenn dieser TOP jetzt ohne Votum weitergegeben würde, ob das keinen finanziellen Schaden bei der Stadt Köln ausmachen würde?

Die Stadtdirektorin Frau Blome sagt, „es verschlägt nichts“, wenn es in die nachfolgenden Gremien verschoben würde. Zwischenzeitlich auftretende Fragen würden selbstverständlich gerne beantwortet. Sie sehe in dem Satzungspapier keine politische Einflussnahme. In der Dringlichkeitsbegründung war zu lesen, dass es erst am 28.10.2022 abgeschlossen werden konnte.

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes (Rettungsdienstsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Der Gesundheitsausschuss problematisiert nicht inhaltlich, sondern kam aufgrund der engen Zeitläufe nicht mehr dazu, den TOP qualifiziert beurteilen zu können.

5.4 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln 3652/2022

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungshubschraubers (RTH) „Christoph 3“ und des Intensivtransporthubschraubers (ITH) „Christoph Rheinland“ (Luftrettungssatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.
2. Der Rat beschließt die Auflösung des Sonderpostens für Gebührenaussgleich für den Luftrettungsdienst in Höhe von 3.534.615 € im Haushaltsjahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Der Gesundheitsausschuss problematisiert nicht inhaltlich, sondern kam aufgrund der engen Zeitläufe nicht mehr dazu, den TOP qualifiziert beurteilen zu können.

5.5 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst 3763/2022

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen im Teilergebnisplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 4.300.000 € sowie in Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.200.000 € im Haushaltsjahr 2022 bereitzustellen.

Die Deckung erfolgt in Höhe von 5.500.000 € durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft in Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

6 Mitteilungen

6.1 Unterbringung von besonders vulnerablen Geflüchteten aus der Ukraine mit medizinisch bedingten besonderen Unterbringungsbedarfen 2759/2022

RM Frau Böll möchte wissen, ob dieselben Angebote auch für Geflüchtete aus anderen Ländern bestehen?

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, sagt, wenn aus anderen Ländern Schwerverletzte organisiert zu uns gebracht würden, würden sie genauso eine Behandlung erhalten.

RM Frau Böll wirft ein, es betreffe nicht nur die Menschen, die mit diesen Medevacflügen gekommen wären, sondern generell alle.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, berichtet, er habe nicht nur von Medevacflügen gesprochen.

RM Frau Frebel fragt warum die Mitteilung nicht für die gesamten vulnerablen Flüchtlinge in Köln gemacht wurde?

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, merkt an, man komme immer mehr dahin, die Menschen nicht mehr bezüglich ihrer Herkunft zu unterscheiden. Eine künftige ähnlich lautende Mitteilung für die Ausschüsse würde sich auf alle Geflüchteten unabhängig von ihrer Herkunft beziehen.

Zur Kenntnis genommen.

6.2 Liste der Großbauprojekte 3165/2022

Zur Kenntnis genommen.

7 Mündliche Anfragen

RM Frau Seiger möchte eine Anfrage stellen zu den Nachwirkungen der Corona Pandemie und den damit verbundenen Auswirkungen für Kinder und Jugendliche. Sie möchte wissen welche Erkenntnisse es beim Jugendpsychiatrischen Dienst zu den psychischen Folgebelastungen gäbe und wie sich das verändert hätte.

Gez.

Dr. Ralf Unna, Vorsitzender
rerin

Gez.

Sabine Niemeyer, Schriftführerin